

# Riesner Tageblatt



und Anzeiger (Eisblatt und Anzeiger).

Verlagsamt  
Riesner Tageblatt  
Postamt Nr. 20.  
Postfach Nr. 12.

Das Riesner Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Reichsregierung, des Reichsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Reichsgericht, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meissen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postfachamt  
Dresden 1500.  
Verleger:  
Riesa Nr. 12.

Nr. 18.

Freitag, 22. Januar 1932, abends.

85. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark ohne Zustellgebühr, durch Postbezug RM. 2.14 einschließlich Postgebühr (ohne Zustellungsgebühr). Für den Fall des Eintretens von Produktionsverzögerungen, Erhöhungen der Lohn- und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preisänderung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und in bestimmter Größe wird nicht übernommen. Grundpreis für die 20 mm breite, 8 mm hohe Grundschreibzeile (6 Silben) 15 Gold-Pfennige; die 20 mm breite Reflektierzeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Kontour gerät. Zahlungs- und Druckbedingungen: Riesa. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Vorkosten oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Redaktionsrat und Verlag: Renger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 29. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittich, Riesa.

## Taifun über Schanghai.

### Wer regiert in China?

Von einem wahrhaften Program Geller gegen Geller schreit die kollektive Metropole des Fernen Ostens in der Nacht vom Dienstag zum Mittwoch und am Mittwoch beimgelacht worden zu sein. Das ist an sich kein neues Bild, denn schon die Jahre 1925/26 haben — wie in fast allen anderen größten Städten Chinas — auch in Schanghai Kämpfe von Chinesen gegen Chinesen gebracht, die hier wie anderswo mit phantastischer Gewalt ausgefochten wurden, ohne daß man in der internationalen Niederlassung allzu peinlich von den Ereignissen betroffen wurde.

Diesmal aber ist das Bild anders und unergreiflich viel enger; diesmal stehen nicht die Chinesen gegen Chinesen, sondern Japaner gegen Chinesen, Erbfeinde gegen Erbfeinde. Wenn die Einzelheiten, die über die offenbar nicht zu bezweifelnde Ereignisse nach Europa gefabelt werden, auch nur ungefähr zutreffen, so wird von hier aus eine neue Woge des Fremdenhasses, vor allen Dingen aber des Hasses gegen Japan ausgehen.

Auch dieses wäre nichts neues für Schanghai, das eigentlich von jeher das Zentrum für die Vorbereitung aller Intrigen und Verschwörungen in China und für die Freiheit Chinas darstellte. Aber wiederum wäre es diesmal doch etwas ernsteres, denn bei einiger Kenntnis der japanischen Mentalität kann man kaum annehmen, daß die unverhältnismäßig umfangreiche und unvermutete Aktion der in Schanghai lebenden Japaner gegen Teile der chinesischen Bevölkerung ein bloßer Ausbruch des Hasses ohne Sinn und Ziel gewesen sei. Gewiß kann der Angriff von Chinesen auf japanische Briefe, der den Programmen vorangegangen sein soll, als Vorwand für die japanische Aktion gebiert haben; allein ihre Zwecke und Endziele dürften dort zu suchen sein, wo jetzt schon die Wirkungen des Ereignisses sichtbar werden. Die Behörden der internationalen Niederlassung von Schanghai haben sämtliche Polizeikräfte mobilisiert. Der Oberbefehlshaber des Stabes vor Schanghai liegenden japanischen Geschwadern hat nicht nur seine Schiffe, die ja an sich zur Sicherung der in Schanghai lebenden Japaner vollkommen ausreichen würden, in Bereitschaft gestellt, sondern auch aus Tokio Unterstützung erbeten. In Londoner Kreisen hält man es bereits für angebracht, ähnliche Maßnahmen zu erwägen, obwohl man sich darüber klar ist, daß jedes neu nach China entsandte Korpsboot eine Verschärfung der fremdenfeindlichen Stimmung, eine Erhöhung der Möglichkeit bedeutet, daß der Sturm zum Taifun auswachsen wird.

Die chinesische Regierung, soweit man von einer solchen reden kann, ist im Augenblick ohnmächtiger denn je, nicht nur weil die Mitglieder des Kabinetts gänzlich verschiedenartiger Ansicht darüber sind, was angesichts der Entwicklung der Dinge in der Wandschüre zu geschehen habe, sondern weil die Regierung selbst für die Maßnahmen, über deren Unerläßlichkeit alle sich im Klaren sind, keine Mittel zur Verfügung hat. So könnte sie nicht im entferntesten daran denken, selbst wenn sie es wollte, eine wirklich nachhaltige Verteidigung der berechtigten Interessen Chinas gegen Japan zu organisieren. Diese Situation in Verbindung mit der um sich greifenden Rebellion unter der Intelligenz und der akademischen Jugend führt zwangsläufig zu einer Verlegung des politischen Schwerpunktes in die Stadt, wo von jeder die Drahtzieher der Ereignisse im Reich der Mitte saßen, nach Schanghai.

Wenn nun hier der chinesische Nationalhaß neu angefaßt wird, so besteht allerhöchste Gefahr, daß die Entwicklung schließlich ein neues Eingreifen der Fremdmächte erzwingt, woraus sich beinahe mit Notwendigkeit ergeben würde, daß Japan im chinesischen Norden nahezu freie Hand erhielte.

Inzwischen taucht man in Schanghai auf dem Vulkan, denn zwar liegen die legalen und einwandfreien Geschäfte darnieder, wie kaum jemals zuvor, aber der illegale Handel mit Waffen, Munition, Rauschgiften und ähnlichen fragwürdigen Dingen blüht dafür in einem Umfang, wie höchstens noch in den Jahren 1925/26. Dazu kommt, daß durch zahllose unterirdische Kanäle Gold aus dunklen Quellen herinströmt und mit leichten Händen ausgegeben wird. Die angsterfüllten Stunden des Winters 1926/27, wo man lange genug darüber im Ungewissen war, ob die siegreichen Deere der chinesischen Nationalrevolution Schanghai verlassen würden, sind vergessen. Man fühlt sich wieder Herr und glaubt die Fäden in der Hand zu halten, die längst zerrissen sind oder an denen nur noch einige felle Abenteuerer hängen. Jetzt vielleicht wird man die Zeichen der Zeit verstehen. Nur fragt es sich, ob es jetzt nicht schon zu spät ist um zu verhindern, daß wieder, wie einst, der Terror in China die Regierung übernimmt.

## Blutiger Zusammenstoß in Agnit

Agnit, 22. Januar. Im Anschluß an eine Arbeitslosenversammlung kam es gestern nachmittags zu einem Zusammenstoß zwischen der Polizei und Versammlungsteilnehmern. Ein Arbeitsloser wurde erschossen und drei Strafenpatienten schwer verletzt.

## Fieberstimmung in Paris.

### Die außenpolitische Aussprache in der Pariser Kammer.

Paris. Der zweite Teil der Interpellationsdebatte in der Kammer über die innere und äußere Politik der Regierung begann unter starkem Jubel der Abgeordneten und der Tribünenbesucher.

Der radikale Abgeordnete Rogaro bemängelte die Finanzpolitik der früheren Regierungen und bedauerte lebhaft, daß man die verschiedenen Finanzstände zu verschleierten versucht habe. Er sagte: „Die Schuldigen werden geacht und die Verantwortlichen sind immer noch am Ruder!“

Die Ausführungen des nächsten Interpellanten, des sozialrepublikanischen Abgeordneten Fougere, erregten gewisses Aufsehen. Deutschland habe, erklärte er, mit Hilfe von Inzucht und launischen Krediten und auch aus eigenen Mitteln sich eine neue industrielle Ausdehnung geschaffen. Nun sei es in eine Krise hineingeraten, die man nicht übersehen könne. Das Recht Frankreichs gegenüber Deutschland müsse man nicht nur aus dem Versailler Vertrag, sondern auch aus dem Youngplan herleiten. Der Redner entwickelte sodann den Gedanken, daß Frankreich keine Schäden rechtslos vergütet haben wolle und für sich eine absolute Priorität gefordert habe. Der Red. den ihm heute der Frankreich weise, hartnäckig nein zu sagen? Keineswegs! Dieser kleine Ueberstich sei heilig, und man könne Deutschland nicht gestatten, seine Privatguthaben zu bezahlen, ohne diese Schuld in Rechnung zu stellen. Aber wäre es für Frankreich weise, hartnäckig nein zu sagen? Keineswegs. Die Stunde einer mächtigen Gegenoffensive habe geschlagen. Ein einfacher, klarer französischer Vorschlag an die gesamte Welt würde Frankreichs Gegner zur Entscheidung zwingen. Denn es nun möglich wäre, eine gesunde Lösung zu finden, ohne die französische Sicherheit zu verringern, warum solle man das nicht versuchen? Warum wolle man Amerika heute nicht folgenden Vorschlag machen: Frankreich verzichtet auf seine Reparationen, wenn ihm seine Schulden erlassen werden. Frankreich ist bereit, seine Rüstungsausgaben um 25 Prozent herabzusetzen gegen die Zusicherung, daß der Garantievertrag von 1919 Kraft erlange. Könnte Frankreich das annehmen? Ja, Deutschland könne sich morgen in einer allgemeinen Erhebung auf Frankreich werfen. Gegen eine solche Gefahr sei die beste Rettung die Verhandlung. Unter ungeheurem Beifall des Hauses schloß Fougere: „Kann Frankreich bei seiner negativen Politik bleiben? Ist es sich nicht selbst schuldig, eine positive, konstruktive Plan vorzuschlagen, um das allgemeine Unheil zu verhindern?“

Als nächster Interpellant sprach der Abgeordnete Louis Dubois.

Die Nachsicht der französischen Kammer mußte nach kurzer Zeit wegen eines Zwischenfalles verschoben werden. Der Abgeordnete Delfol von der Gruppe Marin sagte unter anderem, die Erklärung des Reichskanzlers bedeute nicht, Deutschland könne nicht mehr zahlen, sondern Deutschland wolle nicht mehr zahlen; es sei also unnützlich, die Verhandlungen fortzusetzen. Man müsse Deutschland gegenüber die Karte Bank zeigen und dürfe nicht nachgeben. Ramentlich in der Abrüstungsfrage heiße es schließlich, der Friede um jeden Preis bedeute den unvermeidlichen Krieg. Zum Schluß gab der Redner der Hoffnung Ausdruck, daß in der französischen Kammer nur Abgeordnete lägen, die als Vertreter Frankreichs, nicht als Vertreter Deutschlands zur Geltung kämen. Diese Äußerung bezog die Sozialisten auf sich, die eine Zurücknahme dieser Äußerung verlang-

ten. Delfol verneinte dies. Es folgte darauf ein Vultbedeckter ein. Unter allgemeinem Arm zeigte der sozialistische Abg. Grumbach dem Ministerpräsidenten Daladier eine Zeitung mit einer Karikatur; hierauf entstand eine ungeheure Erregung. Der Kammerpräsident mußte die Sitzung unterbrechen.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung suchte Abgeordneter Delfol unter Pluribus der linken keine Ausführungen, die zur Unterbrechung der Sitzung führten, abzuweichen.

Darauf führte Louis Marin in Begründung seiner Interpellation aus, die Ereignisse seien sehr ernst. Deutschland habe erklärt, daß es sich einem der Hauptartikel des Versailler Vertrages entziehen werde. Hinsichtlich der übrigen Artikel werde es eines Tages die gleiche Haltung einnehmen. Wenn Deutschland nicht nachgibt, was würden die Alliierten dann angesichts dieser Verletzung des Versailler Vertrages tun? Von der inneren Union bis zur äußersten Rechten sei man in Frankreich der Ansicht, daß die Reparationen geheiligsten Charakter trügen. (Lebhafter Beifall.) Im Namen der internationalen Moral müßten die von Deutschland in Frankreich, Belgien und Rumänien angerichteten Schäden wieder gutgemacht werden. Frankreich müsse seinen Anteil an den ungeheuren Reparationen bis zum äußersten verteidigen. Sei es möglich, daß zwei Jahre nach Aufstellung des Youngplans Deutschland ihn als zerrissen ansehen könnte? Der Abgeordnete Grumbach selber habe erklärt, wenn Deutschland am Youngplan zähne, würde er beim Völkerverbund die Wirtschafts- und Finanzkollate Deutschlands beantragen.

Hier warf Grumbach ein: „Ich habe hierbei an Giller gedacht und an den Haager internationalen Gerichtshof, aber an keine militärische Maßnahme.“

Marin lehnte weitere Kredite an Deutschland ab und wandte sich gegen Priorität der amerikanischen Privatgläubigeransprüche, da „die Buchhalter“ nicht zum Schaden der Opfer bevorzugt werden dürften. Auf der Abrüstungskonferenz müsse die Regierung angefaßt der deutschen Rüstungen fest bleiben. Generosität sei nicht mehr am Platze. Deutschland solle immer nur neue Forderungen und würde schließlich alles erhalten. Der Völkerverbund sei, weil er über keine Zwangsmaßnahmen verfüge, nicht viel wert. Gegenüber Deutschland bleibe das Bündnisystem immer noch das Beste.

Darauf erklärte Delfol unter Hinweis auf die Erklärungen des Reichskanzlers, daß Deutschland keine Reparationen mehr zahlen könne, dieser Standpunkt sei für alle unannehmbar, die die internationalen Abkommen respektierten. Er erinnere an die Bestimmungen des Youngplans, daß Deutschland, falls es den Youngplan nicht einhalten sollte, den Schiedsgericht des Haager Schiedsgerichtshofes annehmen würde. Gewiß leide Deutschland augenblicklich, und es würde Mangel an internationalem Geist beweisen, wollte man diese Leiden in Abrede stellen. Aber nach dem Bericht der Baseler Sachverständigen werde Deutschland in gewisser Zeit wieder hergestellt sein. Delfol bedauerte, daß die Vereinigten Staaten nicht den Garantiepakt unterschrieben. Das sei die Ursache des ganzen Elends. Die große Lösung würde in dem Eintritt der Vereinigten Staaten in den Völkerverbund bestehen.

Delfol wurde von allen Abgeordneten mit Ausnahme der Sozialisten und Kommunisten lebend eine Ovation dargebracht. Aber auch ein Teil der Sozialisten (partie nicht mit Beifall)

Weiterberatung heute, Freitag, nachmittags.

## Sir Walter Layton verlangt sofortige Endlösung.

London. Daily Mail hatte sich in ihrem gestrigen Leitartikel, in dem sie für Beibehaltung der Reparationen eintrat, auf die Londoner Rede Sir Walter Laytons vom 18. Januar berufen. Layton sandte daraufhin dem Reich eine längere Erklärung, worin es heißt, daß Herausreißen eines Teiles seiner Rede aus dem Zusammenhang eine falsche Einbildung von seiner Haltung gegenüber dem Reparationsproblem. Er habe in seiner Rede ausgesprochen, daß es viel besser für alle Beteiligten einschließlich Englands wäre, wenn die politischen Zahlungen vollkommen annulliert würden. Layton spricht dann die überaus schädlichen Wirkungen der Reparationen und zieht aus dieser Darlegung folgende Schlusfolgerungen:

1. Es ist viel besser, die Kriegsschulden zu annullieren, als das Risiko einer neuen Einnahme nach dem Vorbild der Einnahme der beiden letzten Jahre einzugehen.

2. Es ist von größter Wichtigkeit, eine endgültige Regelung so schnell wie möglich zu erzielen, denn der Prozeß des Wiederaufbaues kann nicht beginnen, solange diese Zahlungsverpflichtungen über der Welt hängen.

3. Wenn es für die Bereinigung eines Weges zu einer allgemeinen Vereinbarung notwendig ist, daß einige Zahlungen geleistet werden, um bestimmte besondere Ausgaben zu decken, dann sollten die von Deutschland bezahlten Summen

so bescheiden sein, daß sie die Zahlungsbilanz des normalen Welt Handels nicht ernstlich lären können.

Layton betont schließlich, daß er im Einvernehmen mit seinen Kollegen vom Baseler Sachverständigenausschuß fest überzeugt sei, daß eine endgültige Festlegung der deutschen Verbindlichkeiten zum frühestmöglichen Zeitpunkt eine dringende Notwendigkeit für die Erholung der Welt sei.

Berlin. Die neuerlichen Ausführungen Laytons in der Daily Mail haben in Berlin, so einflussvoll gewisse Fragen auch behandelt werden, keineswegs allgemeine Zustimmung gefunden. Sie sind infolgedessen unlogisch, als an einer Stelle behauptet wird, daß die großartige industrielle Ausrüstung Deutschlands an sich wohl befähigen würde, ein, wenn auch geringen Teil der Tribute, zu zahlen.

## Morgen Unterzeichnung des Stillhalteabkommens.

Berlin. (Drahtfunk.) Wie wir hören, ist heute der deutsche Schuldensachverständigenausschuß für die Berliner Stillhalteverhandlungen zusammengetreten, um den Bericht der offiziellen Delegierten bei den Stillhalteverhandlungen entgegen zu nehmen. Der Text des neuen Stillhalteabkommens wird inzwischen fertig gestellt werden, so daß morgen seine Unterzeichnung in einer letzten Vollversammlung erfolgt.